

EU – Zwischen Globalisierung und Re-Nationalisierung

Zusammenfassung des Symposiums anlässlich des 65. Geburtstages von Franz Vranitzky
Festvortrag des Staatspräsidenten der Republik Slowenien, Milan Kučan

11. Oktober 2002

gemeinsame Veranstaltung mit der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, dem Dr. Karl Renner Institut und dem Österreichischen Institut für internationale Politik/ÖIIP

Das Symposium fand anlässlich der Feier des 65. Geburtstages von Franz Vranitzky statt, und alle Redner unterstrichen, dass sich aufgrund der zeitlichen Nähe zur Osterweiterung starke Bezüge zwischen den gewählten Themen und dem politischen Leben und den politischen Interessen des ehemaligen Kanzlers ergäben.

Die politische und die wirtschaftliche Dimension der Themen wurde von den Referenten in zwei getrennten Sitzungen behandelt. Das Symposium endete mit einer Abendveranstaltung, bei der Milan Kučan, der Staatspräsident der Republik Slowenien, den Festvortrag hielt.

In ihrer Einführung zur ersten Sitzung, fasste die Moderatorin Eva Nowotny die wesentlichen Überlegungen zusammen, die zur Wahl des Titels geführt hatten. Sie erinnerte an die Revolutionen in Mittel- und Osteuropa und an die gewaltsame Auflösung des ehemaligen Jugoslawien und definierte die tief greifenden Veränderungen in Europa - insbesondere die politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen einer Erweiterung für die europäische Integration, die Rolle der EU als politische und wirtschaftliche Macht auf der Weltbühne und die Rückkehr des Nationalismus - als zentrales Anliegen des Symposiums.

Podium 1: Politische Aspekte

László Kovács begann mit einem Zitat von Franz Vranitzky, demzufolge Österreich nach dem Zerfall der Österreich-Ungarischen Monarchie gezwungen war, in die Rolle eines kleinen Landes zu schlüpfen. Kovács erinnerte seine Zuhörer daran, dass Ungarn gegenwärtig zur Kenntnis nehmen müsse, dass es territorial gesehen ein kleines Land sei, welches den wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen der Globalisierung nur im größeren Verband eines gemeinsamen Europa gewachsen sei.

Kovács verwies auf die Einheit des europäischen Kontinents als wesentliche Voraussetzung bei der Suche nach gültigen Antworten auf die Globalisierung und erinnerte daran, dass ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur europäischen Einheit der Erweiterungsprozess sei, dem er den Hauptteil seines Beitrags widmete.

Bezug nehmend auf den sozialen Dialog erklärte er, dass im jüngsten Fortschrittsbericht der EU die Bemühungen Ungarns anerkannt würden, die Korruption in den Griff zu bekommen und die Gruppe der Roma zu integrieren. Eine wichtige Frage für sein Land sei die Freizügigkeit der Arbeitskräfte. Hinsichtlich der in Österreich und Deutschland herrschenden Ängste bezüglich eines Zustroms ungarischer Arbeitskräfte, betonte er, dass deren mangelnde Mobilität selbst eine Verlagerung vom Osten in den Westen des eigenen Landes verhindere. Einer aktuellen Meinungsumfrage zufolge wollten nur 17% der ungarischen Arbeitskräfte im Ausland arbeiten.

Unmittelbar vor Aufnahme der Beitrittsgespräche gab Kovács folgenden Erwartungen und Hoffnungen Ausdruck: alle Gemeinschaftspolitiken sollten uneingeschränkt auf alle neuen Mitgliedstaaten ausgedehnt werden; landwirtschaftliche Produzenten sollten in keiner Weise benachteiligt werden und eine faire Wettbewerbsposition haben; die Eingangs- und Übergangsphasen sollten durch die laufende finanzielle Vorausschau, das heißt mit Dezember 2006, begrenzt sein; die Nettofinanzlage der Kandidatenländer sollte im ersten Jahr nach dem Beitritt nicht schlechter sein als im letzten Jahr davor, sondern besser.

Abschließend brachte Kovács seinen Optimismus bezüglich der Etablierung und Entwicklung der Sozialdemokratie in Mittel- und Osteuropa zum Ausdruck. Die sozialdemokratische Bewegung hätte fest Fuß gefasst und sei in die Offensive gegangen, was sich in letzter Zeit in Wahlerfolgen in vielen Ländern niedergeschlagen habe. Als Vorsitzender der Sozialistischen Partei Ungarns hoffe er auf den kontinuierlichen Wandel seiner Partei von einem Reformflügel der kommunistischen Partei zu einer echten sozialdemokratischen Partei.

Caspar Einem thematisierte die politischen Fragen, die sich bei dem Bemühen um die Einigung über eine neue europäische Verfassung ergäben, wobei die Frage der Souveränität im Vordergrund stehe. In vielen Ländern gebe es Vorbehalte gegenüber der Integration, weil man befürchte, dass sie eine Fusion der nationalen Außen- und Sicherheitspolitiken und den Verlust interner Entscheidungskompetenzen, zum Beispiel in Migrationsfragen bedeuten könnte. Er verwies auf den Widerspruch zu der gleichzeitig vertretenen Meinung, dass Europa eine gemeinsame Linie verfolgen müsse.

Des Weiteren wies Einem auf die Bedeutung größerer Bürgernähe in den einzelnen Ländern Europas hin, die dadurch zu erreichen sei, dass man zusätzlich zu den Zielen einer Wirtschafts- und Währungsunion auch jene einer Sozialunion verfolgen müsse. Dazu bedürfe es einer gemeinsamen Politik, die einhellig auf Vollbeschäftigung, Wachstum und Preisstabilität ausgerichtet sein sollte.

Die Aussage von Kovács, Ungarn sei ein „kleines Land“, nahm Curt Gasteyger zum Anlass, die tief greifende Veränderung in der Zusammensetzung der EU-Mitgliedschaft durch die Erweiterung und den Eintritt einer größeren Zahl kleiner und mittelgroßer Länder anzusprechen.

Aus seiner Sicht hätte die Erweiterung durch eine, wie er es nannte, „Multiplikation neuer Grenzländer“ bedeutende strategische und politische Konsequenzen. Im Vorausblick auf eine mögliche Einbindung der Türkei in die EU und auf die Folgen einer Nachbarschaft zu Nicht-Mitgliedstaaten, meinte Gasteyger, dass die Grenzen Europas wahrscheinlich in Gebiete vorgeschoben würden, die sicherheits- und außenpolitisch problematisch sein könnten. Auch die EU-Beziehungen zu USA und NATO seien im Wandel begriffen und erforderten eine neue Festlegung der Ziele hinsichtlich einer anzustrebenden Sicherheitsordnung.

Auch an der „inneren Front“ gebe es soziale und politische Fragen, mit denen man sich aufgrund der wachsenden Heterogenität Europas auseinandersetzen müsse.

Ausgehend von den Erfahrungen seines eigenen Landes, der Schweiz, schlug er eine moderate Form des Föderalismus vor, die es erlauben sollte, eine Brücke zwischen dem Bedürfnis nach lokaler und nationaler Identität einerseits und einer europäischen Nationalität andererseits zu schlagen.

Podium 2: Wirtschaftlichen Aspekte

Michael Landesmann griff, ebenfalls mit Blickrichtung auf die Erweiterung, drei Bereiche heraus, in denen die zunehmende Heterogenität der EU Konsequenzen für Wirtschaftspolitik und Entwicklung bewirken würde.

Zunächst die große Vielfalt an Modellen innerhalb der EU, die alle eine Kombination aus angebotseitiger Wirtschaftspolitik und sozialstaatlicher Struktur beinhalteten. Zweitens, so Landesmann weiter, der Grad, bis zu dem makroökonomische Politik in der Lage sei, Lösungen für nationale und regionale Gegebenheiten anzubieten. Er unterstrich, dass man im Rahmen des Wachstums- und Stabilitätspakts davon abgehen sollte, jährliche Defizitvorgaben zu machen. Statt dessen sollte der Langzeitstabilität der Schuldsituation verstärktes Augenmerk geschenkt werden. Der dritte Bereich, in dem die Heterogenität ein Thema sei, sei der des Arbeitsmarkts und der Immigration. Landesmann wies darauf hin, dass aufgrund ihrer langen regionalen und nationalen Traditionen die Heterogenität auf den

Arbeitsmärkten besonders groß sei. Dennoch hätten zum Beispiel Großbritannien und Österreich trotz ihrer unterschiedlichen Arbeitsmarktstrukturen manchmal ähnliche Gesamtarbeitslosenraten.

Landesmann betonte, dass in allen drei Bereichen das gleichzeitige Bestehen unterschiedlicher Organisationseinheiten ohne zwingenden Verlust an Wettbewerbsfähigkeit möglich sei.

Bezüglich der Problematik des Stabilitätspakts und der sich verschlechternden Wirtschaftssituation in Europa, hob Ewald Nowotny die Notwendigkeit, einen Ausgleich zwischen sozialpolitischen und wirtschafts- und währungspolitischen Anliegen zu schaffen, hervor. In all den genannten Bereichen müssten klare Prioritäten gesetzt werden, wozu es einer entschiedeneren politischen Führung der EU bedürfe.

Nowotny wies darauf hin, dass die Wachstumsprognosen für Europa derzeit einen Wirtschaftsrückgang anzeigten und gleichzeitig die Ratings der führenden europäischen Banken massiv herabgestuft würden. Im Gefolge steige ihr Refinanzierungsbedarf und die Möglichkeit einer Kreditknappheit verbunden mit einem Investitionsrückgang und damit einer weiteren Verschlechterung der europäischen Wirtschaftsleistung. Er erinnerte daran, dass es in einer rezessiven Situation und der daraus folgenden Limitierung des fiskalpolitischen Spielraums außerordentlich schwierig sei, eine populäre politische Linie zu verfolgen.

Unter den gegebenen Umständen, die nach solider Finanzierung im Verein mit zufriedenstellenden politischen Prioritäten verlangen, sprach Nowotny sich gegen eine Abschaffung, aber gleichzeitig für eine flexiblere und realistischere Auslegung des Stabilitätspakts aus. Als eines der gegenwärtigen Kernprobleme der EU nannte er die unterschiedlichen Ansprüche verschiedener, voneinander abgeschotteter Politik-„Kapitel“, in deren Rahmen unabhängig von den anderen „Kapiteln“ einseitige Ziele verfolgt würden. Als Beispiel führte er die restriktive Fiskalpolitik einerseits und den Bedarf an zusätzlichen Ausgaben für bestimmte Aspekte der EU-Erweiterung an. Abschließend forderte Nowotny eine solide politische Führung und die Festlegung klarer Prioritäten, um derartigen Widersprüchlichkeiten ein Ende zu setzen.

Brigitta Schmögnerova widmete ihren Beitrag vor allem der Frage der Wirtschaftsbeziehungen zwischen EU und USA. In ihrer Darstellung der Ursachen für Divergenzen und Zusammenarbeit unterstrich sie die Tatsache, dass die EU und die USA zwar nur 15% der Weltbevölkerung, aber 50% des weltweiten BIP auf sich vereinten.

Außerdem seien sie wichtige Handelspartner, wobei der größte Anteil an der ausländischen Direktinvestition in den USA aus Europa stamme und umgekehrt. Dies unterstreiche die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen EU und USA hinsichtlich so wichtiger globaler Herausforderungen wie Armut, Verbrechen, Umweltfragen und tief greifende Meinungsverschiedenheiten, die die Ereignisse des 11. September zu Tage gefördert hätten. Sie erinnerte an die Worte Marshalls, der meinte, dass „die Weltlage äußerst ernst sei“, und sie unterstrich die Bedeutung und die gemeinsame Verantwortung von EU und USA angesichts der Herausforderungen der globalen Entwicklungen.

Schmögnerova verlieh ihrem Aufruf zur Zusammenarbeit zusätzlichen Nachdruck, indem sie an die lange Tradition der US-EU-Beziehungen erinnerte und an die Entwicklung des transatlantischen Bündnisses. Dann griff sie die Kernpunkte der gegenwärtigen Divergenzen heraus: die Bestrebungen in den Bereichen Handel und Landwirtschaft, die Gesetzgebung zur Einschränkung von Handel und Investitionen sowie die Umweltfragen. Einige dieser Probleme ergäben sich aus den Unterschieden zwischen dem individualistischen Modell der Vereinigten Staaten und dem europäischen Modell der sozialen Marktwirtschaft.

Im Bereich der Fiskal- und Währungspolitik gebe es allerdings', so Schmögnerova weiter, eine gemeinsame Sicht der Dinge, selbst wenn die Arbeitsmarktpolitik weiterhin divergiere. Ein weiterer Grund für Friktionen liege in dem Umstand, dass die EU bezüglich des BIP-Wachstums, der Beschäftigtenrate und der Investitionen in Forschung und Entwicklung zwar im Aufholen begriffen sei, aber nach wie vor hinter den USA zurück liege.

Schmögnerova wandte sich sodann den möglichen Auswirkungen der Erweiterung und der zunehmenden Regionalisierung der EU auf das transatlantische Wirtschaftsbündnis zu. Innerhalb der EU würden ausländische Direktinvestition und Handel durch die Erweiterung der Euro-Zone zunehmen und der Euro würde sich stabilisieren, was eine gute Entwicklungsbasis für eine künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen EU und USA schaffen würde.

Abschließend wiederholte Schmögnerova ihre eingangs gemachte Feststellung, dass es für die EU und die US von entscheidender Bedeutung sei, eine gemeinsame Basis zu finden, da diese beiden Länder den Löwenanteil an der Verantwortung für die globale Entwicklung zu tragen hätten.

In der anschließenden Diskussion kritisierte Franz Vranitzky jüngste Tendenzen in Wirtschaftstheorie und -praxis, die Themen Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit zu

vernachlässigen und den Schwerpunkt auf Haushaltskonsolidierung und die Entwicklung von Stabilitätskriterien zu legen. Ferdinand Lacina, der Moderator der Sitzung, stimmte dieser Aussage zu und berief sich dabei auf seine persönliche Erfahrung. Er, Lacina weiter, sei der Meinung, dass Wirtschaftspolitik zu wichtig sei, um sie Finanzministern zu überlassen.

In seiner Zusammenfassung erinnerte Franz Vranitzky daran, dass die laufenden Diskussionen innerhalb der EU – sei es auf Ebene des Konvents oder des ECOFIN - sich auf zwei Punkte konzentrieren müssten. Erstens dürfe man sich nicht ausschließlich mit fiskalischen oder mechanistischen Lösungen befassen, sondern müsse pluralistisch-soziale Zielsetzungen verfolgen, die auch Fragen wie Beschäftigung, Bildung, Gesundheit etc. als vorrangig betrachteten. Zweitens, wies Vranitzky, unter Hinweis auf frühere erfolglose Bemühungen, eine Vereinheitlichung und Integration herbeizuführen, darauf hin, dass auch der gegenwärtigen Versuch fehlschlagen könne, sofern es nicht gelänge, einem Großteil der Bevölkerung zu vermitteln, dass jeder Einzelne seinen ganz persönlichen Anteil am Erfolg der EU habe.

Alfred Gusenbauer würdigte die wichtige Rolle, die Franz Vranitzky als österreichischer Bundeskanzler, sozialdemokratischer Politiker und „elder statesman“ weit über die Grenzen Österreichs hinaus gespielt hatte. Vranitzky habe durch seine Politik, so Gusenbauer, Österreich in vielerlei Hinsicht bereichert und die politischen und moralischen Prinzipien des Landes gestärkt.

Vranitzky habe Österreich durch die Konfrontation mit seiner Vergangenheit ein wichtiges Signal gegeben und damit eine Neubewertung dieser Beziehung zur Vergangenheit erreicht, die unter anderem in den verbesserten Beziehungen zu Israel und im Ehrendoktorat, das Vranitzky von der Hebrew University verliehen worden ist, zum Ausdruck komme.

Als Bundeskanzler hatte Franz Vranitzky die Herausforderungen zu bewerkstelligen, die sich im „Neuen Europa“ nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ergeben hätten. Er führte Österreich in die Europäische Union, und, so Gusenbauer, der Moment, in dem bekannt wurde, dass die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung für den Beitritt gestimmt hatte, sei einer der schönsten Augenblicke in Vranitzkys politischer Karriere gewesen.

Durch sein Bestreben, auch die Beschäftigungspolitik als einen zentralen Punkt in der EU-Politik zu verankern, so Gusenbauer weiter, habe Vranitzky einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung der Europäischen Union geleistet. Die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa seien ihm ebenso ein zentrales Anliegen gewesen, und er habe sowohl zur Gründung neuer

sozialdemokratischer Parteien in dieser Region beigetragen als auch den Gedanken unterstützt, diese Länder in die Vision eines vereinigten Europas miteinzuschließen.

Die Veranstaltung wurde durch eine Rede von Milan Kučan abgeschlossen, zu deren Beginn Kučan Ex-Bundeskanzler Franz Vranitzky für die Unterstützung Sloweniens in seinem Bemühen um internationale Anerkennung dankte. Als österreichischer Bundeskanzler habe Vranitzky Slowenien auch in den ersten Jahren der staatlichen Unabhängigkeit mit Interesse und Verständnis begleitet, betonte Kučan.

Das Thema seines Vortrags, so Kučan weiter, postuliere ein Dilemma, das sich für Polemiken eigne. Er hingegen wolle sich auf zwei Überlegungen beschränken. Erstens: Wie ist die globale Bühne beschaffen, auf der auch die Europäische Union eine wichtige Rolle spielen soll? Zweitens: Wie müsste ein Vereintes Europa beschaffen sein, um in der Lage zu sein, über seine gewünschte Rolle nachzudenken und sie zu erfüllen?

Kučan meinte, dass es zwar eine weltweite Vernetzung der Wirtschaft und der Informationstechnologien gebe, dass aber gleichzeitig die wirtschaftlichen und sozialen Abgründe immer tiefer würden. „Das globale Kapital“, so Kučan, „übernimmt keine soziale Verantwortung, es bestimmt vielmehr die Handlungsprinzipien der Welt.“ Wir befänden uns in schicksalshafter wechselseitiger Abhängigkeit, in der die negativen die positiven Aspekte überwögen. Darauf, so Kučan weiter, würden wir noch nicht mit Kooperation und Solidarität reagieren. Die Globalisierung zeige noch kein humanes Antlitz; im Gegenteil: neben einer sicheren Welt des Friedens und der Kooperation gebe es auch eine Welt der Konflikte, der Gewalt und der Kriege, des Terrorismus und jeder Art von organisierter Kriminalität. Die Klüfte zwischen diesen Welten, betonte Kučan, würden sich nicht verkleinern, sondern vergrößern.

Globalisierung und wechselseitige Abhängigkeit, so der Vortragende, beträfen praktisch alle Bereiche: Wirtschaft, Markt, Informationstechnologie, Ökologie etc. Auch Sicherheit und Frieden seien zu globalen Fragen geworden.

Als positiv bezeichnete Kučan den Umstand, dass man sich dieser Realitäten und Gefahren stärker bewusst und daher auch kooperationsbereiter geworden sei. Der lange Zeit so prägende Eurozentrismus sei zu Ende. Wenn man der Gefahr des „kulturellen Imperialismus“ entginge, so Kučan, hätte man die Chance, anstatt des Widerstandes die weltweite Solidarität zu stärken und ein tolerantes und kreatives Leben zu ermöglichen.

Kučan unterstrich, dass Europa gerade in Zeiten des Nachdenkens über die EU-Erweiterung, über eine europäische Verfassung und über die interne europäische Zusammenarbeit und Vernetzung auch die Chance nützen müsse, über die europäische Sicht der modernen Welt zu diskutieren und über seine eigene Rolle in dieser Welt. Europa, so Kučan, sei trotz seiner sozialen und politischen Probleme ein globaler Faktor. Wenn es sich seinen Einfluss in der Welt sichern wolle, so müsse es sich fragen, ob es in den wesentlichen Fragen der Zukunft der Menschheit, der Zukunft des Lebens auf der Erde und der Zukunft unseres Planeten ein effizienter Gesprächspartner für die anderen Global Players USA, China, Japan, Russland, Indien etc. sein könne.

Kučan meinte, Europa sei im Begriff, sich „mit allen seinen Gegensätzen in mehrere Europas“ zu teilen – in ein entwickeltes, sicheres und stabiles Europa einerseits und in ein unterentwickeltes und instabiles andererseits, das erst im Begriff sei, sich an Integrationsprozesse anzudocken. Gerade dieses Europa müsse Gegenstand der gemeinsamen Hilfe sein, weil ein geteiltes Europa keine sichtbare Rolle in der Welt werde spielen können. Daher müssten alle Reformen, die der Konvent berate, auch unter dem Aspekt beurteilt werden, ob sie die Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung, der sozialen Stabilität und der Zugehörigkeit zu einem Wertesystem, auf dem die Idee der europäischen Vereinigung beruht, förderten oder abbauten.

Wenn Europa von der Notwendigkeit seines Auftretens als politische Entität ausginge, sagte Kučan, werde es leichter Antworten finden, welche institutionelle Organisation innerhalb der EU und zwischen ihr und ihren Mitgliedern erforderlich sei. Europa müsse außerdem in Zukunft Symbol einer Gemeinschaft gleichberechtigter europäischer Völker und Staaten bilden. Gerade die Individualität des Menschen sei nämlich das essenziellste Wesensmerkmal der europäischen Kultur und Zivilisation, das sie von anderen großen Zivilisationen unterscheide. In diesem Zusammenhang müsse klar sein, dass für eine tatsächliche Gleichberechtigung von nationalen und sonstigen Minderheiten deren positive Diskriminierung erforderlich sei. Multiethnizität und Multikulturalität, so Kučan, seien Werte und nicht ein notwendiges Übel. Nur eine so beschaffene EU werde die Kraft aufbringen, als globaler Faktor aufzutreten. Eine Entwicklung in diese Richtung würde die EU außerdem davor bewahren, alle Beziehungen durch Geld und Bilanzen in einer Art Kosten-Nutzen-Rechnung zu bewerten.

Abschließend betonte Kučan, dass Europa trotz extremistischer Exzesse und der Tragödie am Balkan ein Kontinent des Zusammenlebens sei. Ein solches Europa habe auch die moralische Legitimation, aktiv zur Gestaltung der globalen Ethik beizutragen.

Teilnehmer am Symposium:

Begrüßung:

Erich Hampel, Vorstandsdirektor der Bank Austria Creditanstalt AG

Einleitung:

Caspar Einem, Vertreter des Nationalrats im EU-Konvent, Europaspcher der Sozialdemokratischen Partei Österreichs.

Podium 1: Politische Aspekte

Caspar Einem, Vertreter des Nationalrats im EU-Konvent, Europaspcher der Sozialdemokratischen Partei Österreichs

Curt Gasteyger, Direktor APSIS/Association for the Promotion and Study of International Security, Genf

László Kovács, Außenminister der Republik Ungarn

Moderation:

Eva Nowotny, Leiterin der integrations- und wirtschaftspolitischen Sektion im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Wien

Podium 2: Wirtschaftliche Aspekte

Michael Landesmann, wissenschaftlicher Leiter des WIIW (Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche)

Ewald Nowotny, Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank

Brigitta Schmögnerova, Exekutivdirektorin UN-ECE, Genf

Moderation:

Ferdinand Lacina, ehemaliger Bundesminister für Finanzen, Wien.

Begrüßung und Einleitung:

Alfred Gusenbauer, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Österreichs

Festvortrag:

Milan Kučan, Präsident der Republik Slowenien